

Neue Wege in der Dresdner Erinnerungskultur finden

Mitgliederversammlung hat beschlossen:

Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert die folgenden Anträge zur Dresdner Erinnerungskultur zügig in den Geschäftsgang des Dresdner Stadtrates einzureichen.

Begründung

Auf der Mitgliederversammlung im Februar 2011 wurde ein Antrag beschlossen, der den Stadtvorstand, in Zusammenarbeit mit der Stadtratsfraktion, dazu aufforderte eine Stadtratsinitiative für die Änderung der Erinnerungskultur in Dresden zu erarbeiten. Dazu wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich seit dem Frühjahr mit der Erarbeitung verschiedener Stadtratinitiativen rund um die Erinnerungs- und Gedenkkultur beschäftigt hat. Als Resultat sind drei verschiedene Anträge erarbeitet worden, die sich sowohl dem protokollarischen Gedenken am 13. Februar und der baulichen Gestaltung des Heidefriedhofes widmen, als auch die Erarbeitung einer umfassenden Ausstellung zur Geschichte Dresdens im Nationalsozialismus zu Ziel hat. Zudem wurde ein Antrag erarbeitet, der das Ziel hat eine innerstädtische Straße in Guernica-Straße umzubenennen.

Gedenken an den 13. und 14. Februar 1945 neu gestalten

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert,

- I. Die Gestaltung und das Protokoll der jährlichen Gedenkveranstaltung am 13. Februar anlässlich des Jahrestages der Luftangriffe auf Dresden unter Maßgabe der folgenden Zielsetzungen zu verändern:
 - Verlagerung der Zeremonie an einen zentralen Ort in der Innenstadt, der als Gedenkort geeigneter ist als der Heidefriedhof;
 - Gestaltung der Zeremonie als Akt der Trauer und der Mahnung, in dem die Ereignisse des 13. und 14. Februars 1945 angemessen im historischen Kontext dargestellt werden – hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass nicht der Eindruck vermittelt wird, dass die Dresden eine besondere Opferrolle im Zweiten Weltkrieg zukommt;
 - Reduzierung der militärischen Präsenz in der Zeremonie;
 - Diskussion mit der Staatsregierung, inwiefern eine besondere Präsenz von Vertretern des Freistaates Sachsens weiterhin notwendig ist, unter Berücksichtigung des Anliegens, eine Privilegierung des Gedenkens in der Landeshauptstadt gegenüber ähnlichen Veranstaltungen in anderen von Luftangriffen betroffenen sächsischen Gemeinden und Städten zu verhindern;
 - Beteiligung der Partnerstädte Dresdens.

- II. Die Möglichkeiten einer Umgestaltung der Gedenkstätte für die Opfer des 13. und 14. Februars 1945 bzw. des Rondells aus dem Heidefriedhof unter Maßgabe der folgenden Zielsetzungen zu überprüfen:
 - Gestaltung als Ort der individuellen Trauer in der Nähe der Gräber der Opfer, nicht als Ort öffentlicher Zeremonien (siehe I)
 - Entfernung aller gestalterischen bzw. künstlerischen Elemente, die geeignet sind, eine Gleichsetzung der Bombardierung Dresdens mit dem Holocaust zu suggerieren (Rondell-Stelen), und die Irritationen über die Zahl der Opfer vermitteln (Max-Zimmering-Zitat auf der Wandsteinwand der Gedenkstätte), sofern dies mit den Belangen des Denkmalschutzes vereinbar ist – der etwaige Denkmalstatus dieser Elemente ist zu überprüfen;
 - Bauliche Schaffung eines Ortes der Trauer und des stillen Gedenkens in Form eines Gebäudes;
 - Gestalterische Maßnahmen, mit denen über wichtige Aspekte der Geschichte des Heidefriedhofes aufgeklärt wird (z.B. nationalsozialistische Thingstätte, Gleichsetzung von Holocaust und Luftangriffen auf den Stelen und in späterer Propaganda, realsozialistische Gedenkpraxis).

Begründung:

Allgemein:

Das Gedenken an die Opfer der Luftangriffe vom 13. und 14. Februar 1945 wurde seit jeher durch propagandistische Missbrauchsversuche überschattet.

Bereits die Nationalsozialisten versuchten, die Luftangriffe zu nutzen, um mit übertriebenen

Opferzahlen einen angeblichen Vernichtungswillen der Alliierten zu belegen. Dieser propagandistische Trick wird bis heute von Neonazis aufgegriffen und stellt ein wesentliches Element in der Geschichtsfälschung organisierter Rechtsextremisten dar. Aber auch in der DDR wurde das Gedenken propagandistisch überformt. Diese historischen Belastungen des Gedenkens gilt es zu überwinden.

In der öffentlichen Diskussion über Massendemonstrationen von Neonazis in Dresden anlässlich des Jahrestages der Bombardierung und über demokratische Gegenaktivitäten wird oft der Wunsch nach einem stillen Gedenken betont. Die Antragsstellerin ist von der Notwendigkeit demokratischen Protests gegen Nazi-Aktivitäten überzeugt, respektiert aber gleichzeitig das Bedürfnis Dresdner Bürgerinnen und Bürger nach einem stillen Gedenken. Die Lösung dieses vermeintlichen Konflikts dürfte in der angemessenen Gestaltung der öffentlichen Gedenkzeremonie und in der Schaffung neuer Möglichkeiten des Trauerns und stillen Gedenkens, das **nicht** durch Vertreter der Politik geprägt wird, liegen.

Zu I:

Die traditionelle Gestaltung des Gedenkens ist auf Möglichkeiten der Weiterentwicklung zu überprüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Dresden kein „besonderes“ Opfer des Luftkrieges war. Nicht nur im europäischen, sondern auch im deutschen Vergleich sind andere Städte ähnlich schwer oder schwerer von Bombardierungen betroffen gewesen. Die Landeshauptstadt Dresden muss sich fragen lassen, welches Ausmaß offizieller Gedenkzeremonien angemessen ist – hierbei wäre die Gedenkpraxis in im Zweiten Weltkrieg stärker zerstörten Städten (z.B. in der Partnerstadt Hamburg) als Vergleich heranzuziehen. Es ist aber auch auf die Grundsätze zu verweisen, die im 2004 in Dresden formulierten „Rahmen für das Erinnern“ festgehalten sind.

Die Frage des Ortes der Gedenkzeremonie ist mit dem Bestehen der Gedenkstätte auf dem Heidefriedhof nicht gelöst: Der Heidefriedhof ist der Ort der Gräber eines Großteils der Opfer, aber nicht Schauplatz der Bombardierung Dresdens. Der Schauplatz der Ereignisse wäre aber ein besserer Gedenkort, während die besondere Würde des Heidefriedhofs als Ort der Trauer von Menschen um ihre dort bestatteten Angehörigen zu gewährleisten ist. Daher sollte die offizielle Gedenkzeremonie in die Dresdner Innenstadt verlagert werden.

Um einen im Bundesvergleich angemessenen Rahmen der Zeremonie auch in Zukunft zu gewährleisten, ist die bisherige Beteiligung bisher beteiligter Institutionen zu hinterfragen. Allerdings könnte durch die Beteiligung der Partnerstädte ein stärkeres Zeichen für die Versöhnung zwischen den Menschen gesetzt werden als es durch die Vertreter höherer Institutionen möglich wäre.

Zu II.

Die Entlastung des Heidefriedhofs von politisch geprägten Gedenkritualen (siehe I) ermöglicht es, ihn zu einem besonderen Ort der individuellen Trauer umzugestalten. Die Stelen des Rondells auf dem Heidefriedhof können mit gutem Willen bestenfalls als Beispiel einer verunglückten historischen Kontextualisierung der Bombardierung Dresdens gewürdigt werden – faktisch werden die Luftangriffe der sich selbst verteidigenden alliierten Staaten durch die Inschriften auf den Stelen mit dem Holocaust und dem rassistisch motivierten nationalsozialistischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gleichgesetzt. Dies ist nicht länger hinnehmbar, auch wenn die Legitimität der Bombardierung Dresdens umstritten ist. Eine Umgestaltung ist notwendig. Hierbei sind die Belange des Denkmalschutzes zu berücksichtigen, ggf. aber auch die Schutzwürdigkeit baulicher Bestände kritisch zu

überprüfen.

Da durch den Bericht der Historikerkommission größere Zweifel über Opferzahl ausgeräumt sind, sollte eine Inschrift, durch die weiterhin anderes suggeriert wird, hinterfragt werden. Die Möglichkeit einer Tilgung des Zitats („Wie viele starben? Wer kennt die Zahl?“ usw.) des SED-Funktionärs Max Zimmering ist daher dringend zu prüfen.

Da der Wunsch nach einem **stillen** Gedenken respektiert werden soll, wäre die Errichtung eines Gebäudes, in dem Trauer, Gedenken, Gebet und entsprechende Zeremonien möglich wären, wünschenswert – gemäß dem 2004 im „Rahmen für das Erinnern“ formulierten Grundsatz: „Wir erinnern, weil die Betroffenen das Recht haben, ihrer Erinnerung und Trauer Raum zu geben.“ Ein solcher Ort des individuellen Gedenkens sollte so gestaltet werden, dass er für alle Dresdnerinnen und Dresdner, die Opfer der Luftangriffe betrauern – unabhängig von Weltanschauungen oder Konfessionen – offensteht.

Ausstellung: „Dresden im Nationalsozialismus“

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Erarbeitung und Durchführung einer umfassenden Ausstellung zum Thema „Dresden im Nationalsozialismus“ zu veranlassen. Im Rahmen der Ausstellung sollen Veranstaltungen zur Thematik durchgeführt werden.

Begründung:

Die Stadt Dresden benötigt eine aktive und durchdachte Erinnerungskultur, welche das Wissen um die nationalsozialistische Vergangenheit in Dresden in einer sachlichen und unideologischen Form wachhält.

Dadurch kann Versuchen rechtsextremistischer Kreise begegnet werden, die zivilen Opfer der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 missbräuchlich für eine Rechtfertigung politischer Demonstrationen zu zitieren, welche auf eine Verklärung und Falschdarstellung dieser nationalsozialistischen Vergangenheit abzielen.

Die fortschreitende Zeit und der Generationenwandel machen die bewusste Pflege der kollektiven Erinnerung an die Geschichte der Stadt für alle wichtigen Entwicklungen der Stadtgeschichte erforderlich. Dies gilt insbesondere für die Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945, aber auch für die Entstehungsgeschichte und die Folgen der nationalsozialistischen Machtausübung in Dresden.

Die „Erlebnisgeneration“, also die Menschen, die die Zeit des Nationalsozialismus selbst miterlebt haben, wird im Verhältnis zu den nachfolgenden Generationen zahlenmäßig geringer. Die umfassende Auswertung von Zeitzeugenberichten hat deshalb einen hohen Stellenwert.

Die Stadtverwaltung Dresden hat eine eigene Verantwortung bei der Pflege der historischen Erinnerung an den Nationalsozialismus, welche über archivarische Tätigkeiten und einzelne Gedenkveranstaltungen hinausgeht.

Die umfassende Ausstellung zum Thema „Dresden im Nationalsozialismus“ soll vorhandene Ergebnisse von Einzeldarstellungen aufgreifen und soll folgenden Anforderungen genügen:

- die bestmöglich umfassende Sammlung, Ermittlung und Auswertung verfügbarer historischer Dokumente und Quellendarstellung;
- die fachwissenschaftliche Begleitung durch Historiker und Kulturwissenschaftler;
- die allgemeinverständliche Darstellung des Standes der historischen Forschung zum Nationalsozialismus in Dresden;
- die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Nationalsozialismus vor der nationalsozialistischen Machtübernahme im Jahr 1933, z. B. Antisemitismus zur Zeit des Kaiserreiches und der Weimarer Republik, Militarismus, Frühgeschichte der nationalsozialistischen Bewegung und Geschichte völkischer Vorläufer der NSDAP in Dresden;
- die Darstellung von Tätern und Opfern nationalsozialistischer Zwangsmaßnahmen in Dresden, insbesondere der Deportationen, Zwangsarbeitereinsätze, Verbringung in Konzentrationslager, Euthanasiemaßnahmen, Hinrichtungen;
- die Auseinandersetzung mit der Verarbeitung der Folgen des Nationalsozialismus in Dresden nach dem Kriegsende des Jahres 1945;

- die Darstellung der Entstehung des Mythos von Dresden als „unschuldiger Kulturstadt“, des historischen Hintergrundes propagandistischer Überhöhungen der Opferzahlen in der Endphase des NS-Regimes und in der DDR, und die Aufarbeitung des propagandistischen Begriffs der „angloamerikanischen Terrorangriffe“;
- die Durchführung von thematischen Einzelveranstaltungen im Rahmen der Ausstellung;
- Schaffung einer Möglichkeit der musealen Aufbereitung der genannten Aspekte der Dresdner Stadtgeschichte;
- das überregionale Bewerben der Ausstellung.

An Guernica erinnern

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden beabsichtigt die Umbenennung einer Straße oder eines Platzes im Dresdner Stadtzentrum in „Guernica-Straße“.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum 31.12.2011 zwei alternative Vorschläge für eine Straße vorzulegen, die für eine solche Umbenennung geeignet ist.

Begründung:

1.) Die jüngere Geschichte der Stadt Dresden ist bis heute stark durch die Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg, insbesondere am 13./14. Februar 1945, geprägt.

Die Strategie des Flächenbombardements durch Luftstreitkräfte, welche im Zweiten Weltkrieg von den verschiedenen Kriegsparteien praktiziert wurde, wurde allerdings schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges durch die nationalsozialistische Regierung Deutschlands vorbereitet.

Die massive militärische Aufrüstung durch das NS-Regime fand auch in Dresden statt.

Der im Jahr 1934 beschlossene Bau des Flughafens Dresden-Klotzsche hatte von Anbeginn auch dessen militärische Nutzung neben der zivilen Nutzung zum Ziel. Schon seit der Eröffnung im Jahr 1935 diente dieser Flughafen auch militärischen Ausbildungsmaßnahmen (1).

Am 1. April 1937 übernahm die Luftwaffe die bis dahin zivile Verwaltung des gesamten Flughafens (2).

Die Luftkriegsschule Klotzsche war deutschlandweit die dritte Einrichtung dieser Art, die das Reichsluftfahrtministerium für die Luftwaffe in den Jahren 1935/1936 bauen ließ. Hier wurden in zweijähriger Ausbildung Jagd- und Bomberflieger, Bordschützen und Bordfunker ausgebildet (3).

Zuvor waren die Deutsche Verkehrsflieger-Schule und die Akademische Fliegergruppe der Technischen Hochschule Dresden an der Pilotenausbildung für militärische Zwecke beteiligt (4).

Die Flugzeughallen der Luftkriegsschule Klotzsche dienten während des Zweiten Weltkrieges auch der Rüstungsproduktion, z. B. zur Montage von Jagdfliegern (5). Das Luftamt als Führungsstab für die in Sachsen und Thüringen aufgestellten Luftwaffenverbände im sogenannten „Luftgau IV“ hatte seinen Sitz in einer Kasernenanlage in Dresden-Strehlen (6).

Das NS-Regime ließ auch in Dresden frühzeitig durch Luftschutzmaßnahmen, deren Wirksamkeit oft begrenzt war, die Bereitschaft zum Krieg mit wechselseitigen Flieger-angriffen erkennen. Bereits am 08.10.1933 gab es in Dresden eine großangelegte Luftschutzübung. Am 29.10.1935 wurde in Dresden die vollständige Verdunkelung der Stadt geübt (7).

2.)

Die Sondereinheit „Legion Condor“ der deutschen Wehrmacht war ab November 1936 im Spanischen Bürgerkrieg bis zu dessen Ende im Frühjahr 1939 auf Seiten der Aufständischen unter General Franco mit Kampfeinsätzen beteiligt. Die Luftstreitkräfte der „Legion Condor“ führten die Bombardierung zahlreicher Städte aus der Luft durch.

Die Bombardierung der baskischen Stadt Gernika am 26. April 1937 erlangte dabei traurige Berühmtheit. Gernika hat in der Geschichte Spaniens eine hohe symbolische Bedeutung, weil dort in der Vergangenheit die spanischen Könige an einer alten Eiche den Respekt vor den lokalen Rechten der Basken – den sogenannten „Fueros“ - beschworen.

Die Bombardierung Gernikas wurde schon nach kurzer Zeit in der Weltöffentlichkeit als Beispiel für die neuartige Ausweitung des Luftkrieges auf Flächenbombardements mit direkten Angriffen auf die Zivilbevölkerung bewertet (8).

Das NS-Regime nutzte mit der Bombardierung von Städten während des Spanischen Bürgerkrieges die Möglichkeit, seine Waffensysteme und insbesondere die Methode des Flächenbombardements von Städten aus der Luft auszuprobieren; die Bombardierungen wurden systematisch dokumentiert und ausgewertet(9).

Die Bombardierung von Gernika erwies sich damit als einer der ersten Schritte in der Entwicklung einer neuen Dimension des Luftkrieges, die im Zweiten Weltkrieg zur Bombardierung von Städten wie Warschau, Rotterdam, Coventry, Hamburg, Dresden und vielen anderen führte.

3.)

Die Bombardierung von Gernika führte auch zu literarischen und künstlerischen Auseinandersetzungen mit den schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung.

Weltberühmt ist das Bild „Guernica“, welches Pablo Picasso im Auftrag der damaligen spanischen republikanischen Regierung für die Weltausstellung in Paris im Jahr 1937 schuf. Es wurde 1939 bis 1981 im Museum of Modern Art in New York ausgestellt, im Jahr 1981 nach Spanien gebracht und befindet sich gegenwärtig im „Museo Reina Sofia“ in Madrid. Eine Kopie dieses Bildes befindet sich seit 1985 im Vorraum des Sitzungssaales des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Das Werk „Guernica“ von Pablo Picasso gilt als gelungene künstlerische Anklage gegen den Krieg und seine Zerstörungen(10).

4.)

Die Stadt Dresden will die Erinnerung an das im Jahr 1937 durch die Bombardierungen erlittene Leid der Zivilbevölkerung in Gernika im öffentlichen Bewusstsein wach halten, aber auch die Erinnerung an deutsche Mitverantwortung beim rücksichtslosen Einsatz von Luftbombardements vor und während des Zweiten Weltkrieges pflegen.

Dafür ist die Umbenennung einer Straße im Dresdner Stadtzentrum ein geeignetes Mittel.

Die Stadt Dresden kann durch diese Straßenbenennung – ebenso wie bei der

Benennung der „Coventry-Straße“ – an das gemeinsame Schicksal der Opfer von Bombenangriffen erinnern und das Bewusstsein für die Sinnlosigkeit solcher Bombardierungen wach halten.

Außerdem kann den Besuchern des Stadtzentrums gezeigt werden, dass die Stadt Dresden sich der deutschen Mitverantwortung für die Entwicklung des rücksichtslosen Waffeneinsatzes gegen die Zivilbevölkerung vor und während des Zweiten Weltkrieges weiterhin bewusst ist.

Die Straßenumbenennung mit Bezug auf die in Spanien gelegene baskische Stadt Gernika soll außerdem die gemeinsame Verantwortung für den Frieden in einem stärker zusammen- wachsenden Europa zum Ausdruck bringen.

5.)

Der baskische Stadtname „Gernika“ und die spanische Bezeichnung „Guernica“ sind gleichberechtigte amtliche Bezeichnungen. Die baskisch sprechende Bevölkerung verwendet überwiegend die baskische Schreibweise, die phonetisch der deutschen Aussprache nahekommt.

Die baskische Sprache ist neben Spanisch eine offizielle Amtssprache im Gebiet der seit 1979 bestehenden Autonomen Gemeinschaft des Baskenlandes(Euskadi/País Vasco) mit den Provinzen Álava, Guipúzcoa und Vizcaya und mit ca. 2,1 Mio. Einwohnern.

International wird aber überwiegend die spanische Stadtbezeichnung „Guernica“ verwendet.

Dabei ist von auch von Bedeutung, dass das berühmte Bild von Pablo Picasso zur Bombardierung der Stadt die spanische Bezeichnung „Guernica“ trägt.

6.)

Als geeignet für eine Straßenumbenennung kommt z. B. der östliche Teilabschnitt der Schweriner Straße am Postplatz ab Hartha-Lindner-Straße in Betracht.

Es handelt sich um einen zentral gelegenen Straßenabschnitt, an dem es gegenwärtig jedoch noch keine Anlieger gibt, die durch eine Adressänderung betroffen werden.

Der größere Abschnitt der Schweriner Straße zwischen Hertha-Lindner-Straße und der Kreuzung mit Löbtauer Straße und Weißeritzstraße würde unverändert bleiben.

Fußnoten:

- (1) Starke, 439; Ellrich 73
- (2) Ellrich, 73
- (3) Ellrich, 75; Reichert, 249
- (4) Starke, S. 438
- (5) Ellrich, 75-76
- (6) Starke, 439; Reichert, 249
- (7) Reichert, 248
- (8) Süß, 48 ff., 51; Taylor, 118
- (9) Schüler-Springorum, 182 ff.
- (10) van Hensbergen, 11 ff.

Literaturangaben:

- Hartmut Ellrich, Dresden 1933-1945 – Der historische Reiseführer, 2008
- Gijs van Hensbergen, „Guernica - Biographie eines Bildes“, 2007(deutsche Ausgabe; 2004 englische Ausgabe)
- Friedrich Reichert, Fakten, Dokumente und Bilder über den Luftkrieg gegen Dresden 1944/1945, in: Stadtmuseum Dresden(Hrg.), Dresdner Geschichtsbuch - Band 10, 2004, S. 248 ff.
- Stefanie Schüler-Springorum, „Krieg und Fliegen - Die Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg“, 2010
- Holger Starke/Uwe John(Hrg.), Geschichte der Stadt Dresden – Band 3, 2006
- Dietmar Süß, „Tod aus der Luft - Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England“, 2011
- Frederick Taylor, Dresden – Dienstag, 13. Februar 1945, 2008(deutsche Ausgabe; 2004 englische Ausgabe)